

Anlage 2

Beschlüsse und Berichte der Stadt Nürnberg im Bereich Energieeffizienz/ Klimaschutz 2006 – 2011

Thema	Datum	Gremium
Grundsatzbeschlüsse oder -berichte		
Klimaschutzbericht 2006	06.12.2006	UmwA
Ganzheitliches Energiekonzept für den Konzern der Stadt Nürnberg	18.04.2007	UmwA
Klimaschutzfahrplan 2010 - 2020	05.12.2007	UmwA
Kommunales Energiemanagement – Tätigkeitsbericht des KEM	05.12.2007	UmwA
Energieeffizientes Bauen und Sanieren bei städtischen Hochbaumaßnahmen - Umsetzung der EnEV 2007	04.03.2008	BVA
Kommunales Energiemanagement - Energiebericht	03.12.2008	UmwA
Klimaschutzkonzept Nürnberg – Zwischenbericht	07.10.2009	UmwA
Entwicklung von Fernwärme und KWK	07.10.2009	UmwA
Leitlinien zum energieeffizienten, wirtschaftlichen und nachhaltigen Bauen und Sanieren	17.11.2009	BVA
Unterzeichnung der „Green Digital Charter“	23.06.2010	StR
Kommunales Energiemanagement - Energiebericht	01.12.2010	UmwA
Dezentralisierung der Energieversorgung	02.03.2011	UmwA
Gebäude		
Energieeffizientes Planen und Bauen (Insterburger Str. und Kornburg Nord)	05.12.2007	UmwA
Standards in Bebauungsplänen und städtebaulichen Verträgen – Energieeffizienz	08.07.2009	UmwA
Energieeffizienz in der Bauleitplanung	06.10.2010	UmwA

Regenerative Energien		
Solarinitiative Nürnberg	08.07.2009	UmwA
Regenerative Energie	28.07.2010	UmwA
Kommunales Energiemanagement - Energiebericht	01.12.2010	UmwA
CO₂-Minderungsprogramm Nürnberg		
CO ₂ -Minderungsprogramm 2009	03.12.2008	UmwA
CO ₂ -Minderungsprogramm 2010	09.12.2009	UmwA
CO ₂ -Minderungsprogramm 2011	01.12.2010	UmwA
Sonstiges		
Positionspapier des Klimabündnisses zu den Planungen für Kohlekraftwerke in Deutschland	09.04.2008	UmwA
Konvent der Bürgermeister	22.10.2008	UmwA
EUROCITIES Declaration on Climate Change	08.07.2009	UmwA
Zukunftsfähige Mobilität – Chancen der Elektromobilität	02.12.2009	RWA
Nürnberg steigt aus – Abschied vom Atomstrom	21.04.2010	StR
Keine Laufzeit-Verlängerung für Atomkraftwerke in Deutschland	22.09.2010	StR
Ergebnis des Wettbewerbs „Bundeshauptstadt Klimaschutz“	01.12.2010	UmwA

Klimaschutzbericht 2006 der Stadt Nürnberg

B e s c h l u s s

des Umweltausschusses

vom 06.12.2006

- öffentlich -

- einstimmig beschlossen -

- I. 1. Der Bericht wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Basis des vorgelegten Klimaschutzberichts bis zur Sommerpause 2007 einen Maßnahmenkatalog zur Erreichung des CO₂-Minderungsziels 2010 von 27% zu entwickeln und abzustimmen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Basis des vorgelegten Klimaschutzberichts in 2007 einen Vorschlag für eine geeignete Fortschreibung des Klimaschutzziels bis zum Jahr 2020 zu entwickeln.

II. 3.BM/UwA

Der Vorsitzende:

i.V.



Der Referent:



Die Schriftführerin:



Ganzheitliches Energiekonzept für den Konzern Stadt Nürnberg

B e s c h l u s s

des Umweltausschusses

vom 18.04.2007

- öffentlich -

- einstimmig beschlossen -

I. 1. Grundsätze eines ganzheitlichen Energiekonzepts

Der Umweltausschuss begrüßt die Grundsätze der „Energiepolitischen Leitlinien für den Konzern Stadt Nürnberg“.

Die drei grundlegenden Prinzipien dieses Konzepts sind:

Energiesparen:

Energiesparen hat absoluten Vorrang. Nur unter der Voraussetzung eines drastisch gesenkten Verbrauchs ist eine nachhaltige Energieversorgung möglich.

Sanieren:

Die eingesetzte Primärenergie muss optimal ausgenutzt werden.

Einsatz regenerativer Energien:

Regenerative Energiequellen müssen einen höheren Anteil an der Energieversorgung übernehmen.

2. Nachhaltigkeit

Die Stadt Nürnberg hat sich dem Nachhaltigen Handeln aus Verantwortung für künftige Generationen besonders verpflichtet.

Bei künftigen Entscheidungen über den Einsatz von geeigneten Energieträgern sind deshalb auch die Aspekte von ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit zu berücksichtigen.

Dazu gehört auch das Prinzip „Lokal handeln – global denken“. Das bedeutet, dass nicht nur die lokale CO₂-Bilanz betrachtet werden darf sondern auch die globale CO₂-Bilanz in den Entscheidungsprozess mit einbezogen werden muss.

3. Steigerung des Anteils regenerativer Energien

Die Stadt Nürnberg orientiert sich mit ihrer lokalen Klimaschutzpolitik an den Zielsetzungen der EU und der Bundesrepublik Deutschland und strebt bis zum Jahr 2020 eine schrittweise Steigerung des Anteils der regenerativen Energien auf 20% an.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist ein betriebswirtschaftlichen Bonus für regenerative Energien erforderlich.

II. 3. BM/UwA

Der Vorsitzende:

i.V.



Der Bürgermeister:



Die Schriftführerin:



Klimaschutzfahrplan 2010-2020

B e s c h l u s s

des Umweltausschusses

vom 05.12.2007

- öffentlich -

- einstimmig beschlossen -

- I. 1. Als Klimaschutzziel 2020 wird für Nürnberg eine CO₂-Minderung von mindestens 40% (Basisjahr 1990) - analog dem Klimaschutzziel der Bundesregierung - angestrebt.
2. Die Umsetzung der hierfür erforderlichen Teilziele,
 - Ausbau der Fernwärmenutzung,
 - Steigerung der Sanierungsquote und -effizienz im Gebäudebestand,
 - Steigerung der Energieeffizienz im Neubau,
 - Ausbau der erneuerbaren Energien,
 - Ausbau der verbrauchsnahe Kraft-Wärme-Kopplung,
 - Reduzierung des Stromverbrauchs,
 - Umweltfreundliche Organisation des Verkehrs,sind, soweit möglich, auf der Basis des vorgelegten Klimaschutzfahrplans 2010-2020 durch städtische Stellen voranzutreiben.

Zusätzlich ist die intensive Kooperation mit den Partnern der EnergieRegion Nürnberg weiter auszubauen, ebenso die Vorreiterrolle städtischer und „stadtnaher Stellen“ (auch Flughafen, Hafen, Klinikum, Messe, N-ERGIE, Sparkasse, WBG).
3. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Studie in Auftrag zu geben, um die energetischen Verwendungsmöglichkeiten von Biomasse in Nürnberg zu prüfen. Technische und wirtschaftliche Aspekte sollen dabei kurz-, mittel- und langfristig geprüft werden.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, zur Überprüfung der Effektivität durchgeführter Maßnahmen ein geeignetes Monitoring- und Evaluierungssystem aufzubauen und hierbei vorhandene Systeme zu integrieren.
5. Die unter 2. und 3. formulierten Maßnahmen dienen auch der Vorbereitung Nürnbergs für weitergehende Klimaschutzziele über das Jahr 2020 hinaus. Die aktuellen Vorgaben des Klimabündnisses europäischer Städte in Höhe von 50% bis zum Jahr 2030 stellen hierfür einen wichtigen Anhaltspunkt dar.

II. 3. BM/UwA

Der Vorsitzende:

i.V.



Der Bürgermeister:



Die Schriftführerin:



CO₂-Minderungsprogramm für Nürnberg und die Region

- Bilanz CO₂-Minderungsprogramm 2008
- Entwurf CO₂-Minderungsprogramm 2009

B e s c h l u s s

des Umweltausschusses

vom 03.12.2008

- öffentlich -

- einstimmig beschlossen -

- I. Die unter Ziffer 2.1 dargestellte Budgetverteilung 2009 wird akzeptiert. Bei der Umsetzung gelten die unter Ziffer 2.2 genannten und im Konsens mit der N-ERGIE AG erarbeiteten Förderbedingungen 2009.

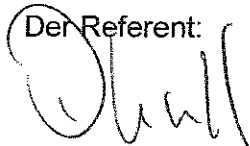
II. Ref. III/UwA

Der Vorsitzende:

i.V.



Der Referent:



Die Schriftführerin:





I. Beschluss

Bau- und Vergabeausschuss

Sitzungsdatum 17.11.2009

öffentlich

Betreff:

Leitlinien zum energieeffizienten, wirtschaftlichen und nachhaltigen Bauen und Sanieren bei städtischen Hochbaumaßnahmen

Abstimmungsergebnis:

- ☒ einstimmig
☐ angenommen/beschlossen, mit Gegenstimmen
☐ abgelehnt, mit Stimmen

Beschlusstext:

Der Bau- und Vergabeausschuss nimmt die in der Sachverhaltsdarstellung dargelegte Beschreibung der Ausgangssituation, die Beschreibung der rechtlichen Rahmenbedingungen sowie den Städtevergleich zur Kenntnis und beschließt folgende Punkte:

1. Für die Stadtverwaltung und die Eigenbetriebe gelten die in der Sachverhaltsdarstellung beschriebenen energetischen Ziele, der Geltungsbereich und die Zuständigkeiten hinsichtlich der rationellen Energieverwendung sowie die entsprechenden Verfahrensregelungen dazu.
2. Die beschriebenen energetischen Standards für Neubau- und Sanierungsprojekte, sowie die Planungsvorgaben für die Bereiche Hochbau, Heizungstechnik, Lüftungs- und Klimatechnik, Sanitärtechnik, Elektrotechnik, Maschinenanlagen, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, sowie die Maßnahmen zur Qualitätssicherung gelten für alle städtischen Baumaßnahmen und sind bei Vergaben von Planungs- und Bauüberwachungsleistungen den Architekten und Ingenieuren bei der Auftragsvergabe auszuhändigen. Diese sind zur Einhaltung dieser Regeln zu verpflichten.
3. Nach Inkrafttreten der nächsten Novellierung der Energieeinsparverordnung werden die städtischen energetischen Standards und Planungsvorgaben auf ihre Kompatibilität zu den neuen oder modifizierten Anforderung hin überprüft und erforderlichenfalls überarbeitet bzw. fortgeschrieben und dem Bau- und Vergabeausschuss erneut zur Beschlussfassung vorgelegt.

II. Ref. VI/H

III. Abdruck an:

- | | |
|--------------------------------------|--------------------------|
| ☐ Ref. I/OrgA | ☐ |
| ☐ Ref. II/Stk | ☐ |
| ☐ | ☐ |

Vorsitzende(r):

Referent(in):

Schriftführer(in):

i.V. gez. Förther

gez. Baumann

gez. Heller

I. Beschluss

Stadttrat

Sitzungsdatum 23.06.2010

öffentlich

Betreff:

Einsatz innovativer Informations- und Kommunikationstechniken zum Klimaschutz
hier: Zwischenbericht zur Weiterentwicklung des Klimaschutzfahrplans

Abstimmungsergebnis:

- ☒ einstimmig
☐ angenommen/beschlossen, mit Gegenstimmen
☐ abgelehnt, mit Stimmen

Beschlusstext:

Der Stadttrat nimmt den Bericht zum Einsatz innovativer Informations- und Kommunikationstechniken zur Kenntnis und stimmt der Unterzeichnung der "Green Digital Charter" zu.

II. Ref. III

III. Abdruck an:

- | | |
|---|--------------------------|
| ☐ Ref. I/OrgA | ☐ |
| ☒ Ref. II/Stk | ☐ |
| ☐ | ☐ |

Vorsitzende(r):

Kaly

Referent(in):

Ohl

Schriftführer(in):

Braunigütel

Energieeffizientes Planen und Bauen in der Stadt Nürnberg

B e s c h l u s s

des Umweltausschusses

vom 05.12.2007

- öffentlich -

- einstimmig beschlossen -

I. Die Verwaltung wird beauftragt,

1. das Bebauungsplanverfahren Nr. 4534 'Insterburger Straße' als Pilotprojekt unter dem Aspekt der Passivhaussiedlung weiter zu bearbeiten und Planung sowie Festsetzungen darauf abzustimmen. Dabei sollen die planungsrechtlichen und vertraglichen Möglichkeiten aufgezeigt werden.
2. die Ergebnisse des Gutachtens dem weiteren Bebauungsplanverfahren Nr. 4346 'Kornburg Nord' zu Grunde zu legen und für die Umsetzung die planungsrechtlichen und vertraglichen Möglichkeiten aufzuzeigen, dabei sollte mind. KfW -40 erreicht werden.
3. einen Leitfaden für die Steigerung der Energieeffizienz im Städtebau und den Einsatz von regenerativen Energien zu entwickeln. Dies umfasst die Bauleitplanung und vertragliche Vereinbarungen. Die Erarbeitung erfolgt im Rahmen einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe.

II. Ref. VI/Stpl

3. BM

Der Vorsitzende:

i.V.



Der Bürgermeister:



Die Schriftführerin:



I. Beschluss

Umweltausschuss

Sitzungsdatum 09.12.2009

öffentlich

Betreff:

CO₂-Minderungsprogramm für Nürnberg und die Region 2009/2010

Abstimmungsergebnis:

- ☒ einstimmig
☐ angenommen/beschlossen, mit Gegenstimmen
☐ abgelehnt, mit Stimmen

Beschlusstext:

1. Der Bericht zum CO₂-Minderungsprogramm 2009/2010 wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, vor dem Hintergrund einer Beibehaltung des Förderbudgets von 400.000 € für die Gebäudedämmung, in weiteren Verhandlungen mit der N-ERGIE AG einen Konsens zur Budgetverteilung 2010 zu erarbeiten.
3. Die Verwaltung wird beauftragt sicherzustellen, dass das CO₂-Minderungsprogramm 2010 zum 01.01.2010 für Antragsteller zur Verfügung steht.

II. Ref. III *UWA*

III. Abdruck an:

- | | |
|---|--------------------------|
| ☐ Ref. I/OrgA | ☐ |
| ☒ Ref. II/Stk | ☐ |
| ☐ | ☐ |

Vorsitzende(r):

i.V. *[Signature]*

Referent(in):

[Signature]

Schriftführer(in):

i.V.

[Signature]

I. Beschluss

Umweltausschuss

Sitzungsdatum 01.12.2010

öffentlich

Betreff:

CO2-Minderungsprogramm

Abstimmungsergebnis:

- ☒ einstimmig
☐ angenommen/beschlossen, mit : Stimmen
☐ abgelehnt, mit Stimmen

Beschlusstext:

Dem mündlich in der Sitzung gestellten Antrag der Grünen-Fraktion "Der Umweltausschuss fordert die N-ERGIE AG auf, das nächste CO2 -Minderungsprogramm wieder mit einem Budget in Höhe von 850.000 € auszustatten" wird einstimmig zugestimmt.

II. Ref. III

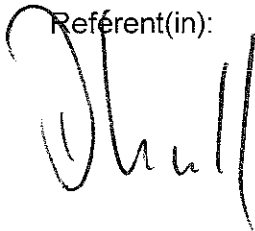
III. Abdruck an:

- | | |
|--------------------------------------|--------------------------|
| ☐ Ref. I/OrgA | ☐ |
| ☐ Ref. II/Stk | ☐ |
| ☐ | ☐ |

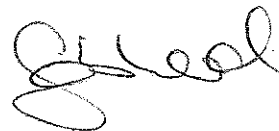
Vorsitzende(r):



Referent(in):



Schriftführer(in):



I. Beschluss

Umweltausschuss

Sitzungsdatum 01.12.2010

öffentlich

Betreff:

CO2-Minderungsprogramm

Abstimmungsergebnis:

- ☒ einstimmig
☐ angenommen/beschlossen, mit : Stimmen
☐ abgelehnt, mit Stimmen

Beschlusstext:

1. Der Bericht zum CO2-Minderungsprogramm 2010/2011 wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt sicherzustellen, dass das CO2-Minderungsprogramm 2011 zum 01.01.2011 für Antragsteller zur Verfügung steht.

II. Ref. III

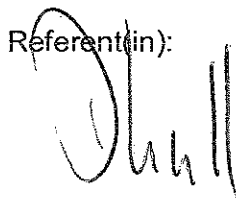
III. Abdruck an:

- | | |
|--------------------------------------|--------------------------|
| ☐ Ref. I/OrgA | ☐ |
| ☐ Ref. II/Stk | ☐ |
| ☐ | ☐ |

Vorsitzende(r):



Referent(in):



Schriftführer(in):



**Positionspapier des Klima-Bündnisses zu den Planungen für Kohlekraftwerke in
Deutschland – Aufruf für effiziente Stromnutzung und erneuerbare Energien**

B e s c h l u s s
des Umweltausschusses
vom 09.04.2008
- öffentlich -
- einstimmig beschlossen -

- I.
1. Die Unterzeichnung des Positionspapiers des Klimabündnisses (7. Kommunale Klimaschutzkonferenz am 28.09.2007 in Rostock) wird begutachtet.
 2. Die Verwaltung wird beauftragt die Unterzeichnung geeignet zu veranlassen.
 3. Die N-ERGIE AG wird aufgefordert sich weiterhin bei der Steigerung der Energieeffizienz, der Reduzierung des Stromverbrauchs, dem Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und des Einsatzes regenerativer Energien vielfältig und intensiv zu engagieren und diese Ziele auch als Grundlage für zukünftige eigene Kraftwerksplanungen zu berücksichtigen.

II. **3. BM/UwA**

Der Vorsitzende:

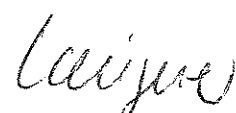
i.V.



Der Referent:



Die Schriftführerin:



**Konvent der Bürgermeister
hier: Beitritt der Stadt Nürnberg**

Beschluss

des Stadtrates vom 22.10.2008

- öffentlich -

- einstimmig beschlossen -

- I. Das beiliegende Gutachten des Unterausschusses vom 15.10.2008 wird zum Beschluss erhoben.

- II. **Ref. III/UwA**

Der Vorsitzende:
gez. Dr. Maly

Der Referent:
gez. Dr. Pluschke

Die Schriftführerin:
gez. Baumgürtel

**Konvent der Bürgermeister
hier: Beitritt der Stadt Nürnberg**

**GUTACHTEN
des Umweltausschusses
vom 15.10.2008
- öffentlich -**

- I. Der Umweltausschuss stimmt dem Beitritt der Stadt Nürnberg zum Europäischen Konvent der BürgermeisterInnen mit dem Jahr 2009 zu.

II. **Stadtratssitzung**

Der Vorsitzende:
i.V.

Der Referent:

Die Schriftführerin:

Konvent der Bürgermeister
hier: Beitritt der Stadt Nürnberg

Beschluss

des Stadtrates vom 22.10.2008

- öffentlich -

- einstimmig beschlossen -

- I. Das beiliegende Gutachten des Umweltausschusses vom 15.10.2008 wird zum Beschluss erhoben.

- II. Ref. III/UwA

Der Vorsitzende:

Maly

Der Referent:

Stull

Die Schriftführerin:

Bräuninger

Konvent der Bürgermeister
hier: Beitritt der Stadt Nürnberg

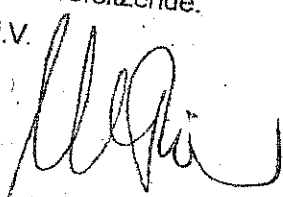
GUTACHTEN
des Umweltausschusses
vom 15.10.2008
- öffentlich -
- einstimmig beschlossen -

I. Der Umweltausschuss stimmt dem Beitritt der Stadt Nürnberg zum Europäischen Konvent der BürgermeisterInnen mit dem Jahr 2009 zu.

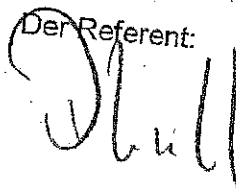
II. Stadtratssitzung

Der Vorsitzende:

i.V.



Der Referent:



Die Schriftführerin:



I. Beschluss**Umweltausschuss****Sitzungsdatum 08.07.2009****öffentlich****Betreff:****Umwelthauptstadt Europas - Vorbereitung einer Bewerbung der Stadt Nürnberg
hier: 1. Zwischenbericht****Abstimmungsergebnis:**

- ☒ einstimmig
☐ angenommen/beschlossen, mit Gegenstimmen
☐ abgelehnt, mit Stimmen

Beschlusstext:

Die Stadt Nürnberg unterzeichnet die „EUROCITIES Declaration on Climate Change“ und unterstreicht damit ihr kontinuierliches Engagement für den Klimaschutz auf lokaler wie auch auf europäischer Ebene.

II. Ref. III**III. Abdruck an:**

- | | |
|--------------------------------------|--------------------------|
| ☐ Ref. I/OrgA | ☐ |
| ☐ Ref. II/Stk | ☐ |
| ☐ | ☐ |

Vorsitzende(r):

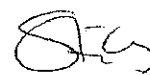
i.V.

Referent(in):

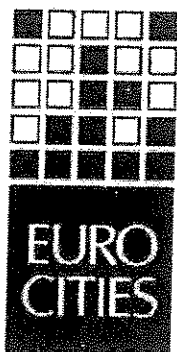

Dr. Pluschke

Schriftführer(in):

i.V.


Stübs

Förther



THE NETWORK
OF MAJOR
EUROPEAN
CITIES

EUROCITIES Declaration on Climate Change

EUROCITIES

EUROCITIES is the network of major European cities. Founded in 1986, the network brings together the local governments over 130 large cities in some 34 European countries. EUROCITIES represents the interests of its members and engages in dialogue with the European institutions across a wide range of policy areas affecting cities. These include: economic development, the environment, transport and mobility, social affairs, culture, the information and knowledge society, and services of general interest.

EUROCITIES website: www.eurocities.eu

EUROCITIES DECLARATION ON CLIMATE CHANGE

EUROCITIES, the network of major European cities, asserts that, in the perspective of a sustainable future, the fight against climate change is today a priority.

The EUROCITIES Declaration on Climate Change reiterates that the local level has an essential role to play in the fight against climate change and therefore cities are crucial partners, in coordination with the EU institutions and the Member States.

The declaration reflects the commitment of EUROCITIES to fight against climate change.

We, Mayors and Leaders of EUROCITIES,

declare

- **that fighting global warming demands the orchestration and harmonisation of public policies at the local level;**
- **that the local level, due to our proximity to citizens, is in a key position in the fight against global warming, uniting individual and collective efforts;**
- **that the articulation between the various levels, from local up to European, is a key factor for the success of our actions;**
- **that over 70% of the European population lives in an urban context, our role as organizing authorities, in charge of the management of urban services and urban planning, is vital in coordinating the mobilisation of civil society in our territories;**
- **that the public sector has a key role to play in the integration of this issue;**

considering

- **that the Inter-Governmental Panel on Climate Change (IPCC's fourth Assessment Report - AR4 - 2007) has confirmed that climate change is a real problem caused by human activities, and it is a major challenge for the future of humanity;**
- **that the international scientific community asserts that within industrialised countries, i.e. at European level, the minimum amount of effort to stabilise the climate is to divide by four our greenhouse gas emissions by 2050, compared with the figures of 1990;**

- that Sir Nicholas Stern's report and the OECD's Environmental Outlook to 2030 point out the immediate necessity for actions to fight against global warming and insist on the disastrous consequences of inaction such as rising oceans, food and health crises, massive migrations of climate refugees and sudden economic changes;
- that climate change will affect the European continent unevenly. Our actions will have to be rooted in solidarity and exchange of know-how, in order to minimise the potential negative impacts of climate change. We are aware that in the future our territories will face important changes and we need to be prepared to address them. We will have to evaluate the coming changes so that our territories can adapt. The conclusions drawn from this evaluation will have to be taken into account in our public policies as soon as possible;
- that many of the actions required to combat climate change fall within the scope of many ambitious, coherent urban policies for which we are responsible. Our responsibility as organizing authorities for urban issues, public transportation, energy and urban services, and our role as territorial leaders, in cooperation with our citizens and the economic and social stakeholders working on local development, are at the heart of our commitment;
- that the Covenant of Mayors on Energy launched by the European Commission is an important initiative, supported by EUROCITIES, which recognises the decisive impact of the actions of local authorities in the fight against climate change, and will strengthen the partnership between the European and local levels. The EUROCITIES Declaration on Climate Change, as a political statement by the network of major European cities, reflecting the commitment of the network and its members to fight against climate change, supports and complements the aims of the Covenant of Mayors on Energy
- that the response to this challenge cannot be found merely by adopting a new sectoral policy, instead we must refine all of our public policies to consistently address climate change and encourage mobilization of our territories;
- that we will not be able to achieve this objective without incorporating the issues of local government, social cohesion and balance, North/South and East/West exchanges in our urban strategy for reducing greenhouse gas emissions;
- that actions applied locally will contribute to enhance the general state of our territories and other regions. Climate protection will trigger important benefits for public health, for the protection of biodiversity, for water preservation, for the improvement of air quality;
- that it is essential to organise the sharing of good practices from cities and their dissemination and to act in close cooperation within international and European networks;

believe

- that local policies must be consistent with the European sustainable development strategy adopted in Gothenburg and the Leipzig Charter on Sustainable European Cities;
- that because we refuse to pay the price of inaction, we are ready to mobilize our resources and make climate change a priority in our budgeting decisions. We emphasise the need for close cooperation between the various levels of action, both in drafting laws and directives and in funding initiatives, given the diversity of the local public policies involved.
- that the reduction of our territories' carbon imprint is a major challenge we must face by limiting direct and indirect greenhouse gas emissions (CO₂, CH₄N₂O, HFC, PFC, SF₆).
- That technical innovation will play a key role to win the fight against climate change.
- that it is our responsibility to act on this global issue.
- and that, as such, the EUROCITIES Declaration on Climate Change is not a binding agenda but a concrete text covering the diversity of public policies, and providing guidelines that can be used to implement policies on our territories to reach the targeted reductions in greenhouse gases, which crucial to climate stabilisation.

we therefore undertake:

to implement a strategy to fight against climate change, by:

- **adapting global objectives, defined by international negotiation and the scientific community, to the level of our territories and through the combination of our efforts;**
- **implementing a climate plan in each of our territories, based on concrete actions, in order to reach a local objective that is consistent with the overall European and international objectives. The creation of this climate plan must begin with a detailed understanding of the territory's emissions and should also include the assessment of its weaknesses so that it can be adapted;**
- **regularly measuring and reporting reductions in emissions of greenhouse gases in order to assess and evaluate the efficiency of the climate plan's actions, using truthful and reliable techniques;**

to involve all the actors on our territory, by:

- **involving local actors with our actions, starting with citizens, in an organized and coherent manner to respond collectively to the challenge of global warming and to promote and support private and public initiatives for climate protection. The mobilisation of business actors is essential and will be actively pursued;**

- developing innovative partnerships in the fields of research and higher education;
- informing and heightening the awareness of the public, in an atmosphere of shared responsibility between individuals and society, in order to promote “carbon-friendly” behaviour. The dissemination of scientific knowledge on global warming is a key element to heighten public awareness;;
- focusing our priority on disadvantaged sectors of society, following the principles of sustainable development. With the recognition that natural resources, particularly energy, are limited, we will pay particular attention to the people that are most at risk, both in our territories and elsewhere;
- setting an example with public services and reducing their carbon imprints by improving professional practices and exploring technological innovations;
- adopting ambitious sustainable public procurement policies, which play a key role in the action against climate change, both as an example for citizens and by creating economic demand and supporting this growing economic sector.

to design public policies that withstand the challenge of climate change through:

working on urban planning and the quality of our cities by:

- limiting urban sprawl and developing compact cities, which reduce space and energy needs, where a collective lifestyle is also an attractive factor. Urban sprawl devours agricultural and natural spaces, gives rise to additional transportation requirements, and is thus an important factor behind an increase in greenhouse gases. Its limitation is a major urban policy issue. Compact cities need to be designed with a dual objective of urban quality and quality of life, meaning maintaining sufficient green spaces. The management of pollution and other disruptive impacts will be a priority for our cities to become more attractive and appealing;
- creating new “eco-quarters”, where population density, social and cultural integration, and economic diversity represent fundamental values, and where the best environmental innovations in the fields of transportation, housing, public space, vegetation, waste and water management are implemented;
- constructing energy-efficient buildings, and promoting eco-building in our territories, satisfying high thermal standards and using eco-materials. Eco-building must become a standard for all construction work, both new and rehabilitation. Active support for the evolution of the professional trades in the construction industry also falls under this commitment;
- supporting the adaptation of existing buildings, which represent, due to their large contribution to greenhouse gas emissions, a major challenge in the fight against global warming. This rehabilitation must preserve cultural and social diversity at local level;

- ensuring the preservation and development of a true, high-quality urban canopy by planting trees in streets, in public and private gardens, and in new peri-urban forest zones on the outskirts of urban areas, which will play an important role as carbon stocks. New planting schemes will respect landscapes and biodiversity specific to our territories;

working on transport and urban mobility by:

- **developing public transportation, soft modes (walking and cycling,...) and new forms of mobility**, with reduced carbon emissions and less dependence on fossil fuels. To enable this, we must offer high-quality alternative modes of transportation for people and goods, which respect the environment;
- **linking together territories and interconnecting public transport networks** to secure the most favourable conditions for the movement of people and goods; **inventing new types of mobility management** with the implementation of road traffic regulations in city centres;
- **encouraging technological innovation for vehicles and the use of new forms of energy in any travel**. Experimentation could take place on our territories, and particularly through technological research on our transportation systems. The creation of specialised research centres will also be facilitated;
- **Supporting and developing the use of Information and Communication Technologies**, such as Internet, videoconference, etc., which can help reduce unnecessary travel and as a consequence, emissions.

working on renewable energy and diversifying energy production by:

- **developing the production of renewable energy** and exceeding the current objectives of the European Commission. Supporting the development of technical innovations for the use of renewable energy to improve their energy efficiency and market implementation. The production of heat or electricity should be appropriate with the geography of our territories;
- **reducing the energy consumption of urban systems**: transportation, buildings, energy networks, water networks; and researching and promoting the use of more energy-efficient technologies;
- **reducing waste at the source, through sorting and recycling**, and recovering energy from non-recyclable wastes (heat, biogas);
- **working together with national and European authorities in order to guarantee the reliability of the energy supply**. Energy security will be at the heart of our action plans for sustainable energy.

strengthen our international action by:

- reinforcing, in a framework of international cooperation, partnerships with cities and territories of developing nations, promoting actions that will allow limitation of greenhouse gases through projects targeting transportation, waste and energy management and reforestation, etc.;
- acting upon de-forestation, which represents 20% of global greenhouse gas emissions, by shifting our practices of public purchases towards eco-certified wood and to help reforestation projects;

implementing adaptation measures by:

- regulating urban climate via the enhancement of green and wooded zones within urban areas. The urban heat island effect can be lessened by reducing mineralised surfaces and increasing the density of vegetal spaces;
- building housing that will be adaptable to the climate in the future and in particular increasing temperatures. We will ensure that new buildings only use low carbon cooling technologies;
- preventing flooding by using permeable surfaces which are adaptable to urban uses. It would also help to expand water drainage systems and to integrate flood prone areas in urban planning;
- protecting costal cities and areas from the increasing ocean levels and storms by implementing a protection system adapted to local environments;
- enhancing the strength and resistance of energy networks to extreme climate changes, in coordination with energy providers;
- reducing the vulnerability of certain sectors, such as farming and fishing, towards the potential impacts of climate change, working together with the professionals and associated organisations;
- alerting our inhabitants to the potential danger of extreme climate change, and particularly to more vulnerable people such as the elderly;
- preparing for the health impacts on human and animal populations of climate change in working with the professionals of that field. Specific campaigns could also be set up to serve this purpose;

And by setting up long term policies:

- **carrying out long-term assessments of public policies related to greenhouse gas emissions** with a view to making adjustments and corrections to the approaches used in our territories. Carbon footprint measurement should allow the measurement of performance with respect to a high standards (high quality of public services);
- **applying the required financial and human resources** to the implementation of our climate plans, through long-term rethinking of our budgets, recognizing the reality of global warming,
- **seeking the most appropriate forms of long-term investments** needed to achieve these actions, in cooperation with financial partners;

Recalling that the quantitative objectives in the fight against the greenhouse effect may differ from one city to another, owing to their historical, geographical, organizational, economic and demographic differences.

Finally, we recommend

that the European Union:

- **continues to fight global warming as a priority at the international level, with a goal of defining a global agreement worthy of this worldwide challenge.** In the framework of the Conferences of the Parties (COP) and the supporting role of local authorities in this domain, the European Commission can count on the support of EUROCITIES and its member cities, who must be associated to this negotiation,
- to incite further our local governments to achieve higher standards through European programmes that reinforce best practices and networking,
- to acknowledge cities' actions against climate change and to directly fund their implementation according to mechanisms commonly agreed;

that the European Union and its Member States:

- **provide local authorities with access to precise energy consumption data for their territories,** and to require energy operators to report this data. This is the only data that will allow verification of the actual effects of the actions composing our climate plans,

- make it a higher priority to increase the financial resources available to local governments, especially for public transport. In the absence of these resources, local action cannot be sufficient to combat the issues of global warming. More generally, national and European financing must be allocated in priority to actions that are in the context of a global, quantified strategy to fight global warming.
- stimulate research on means of adaptation, in collaboration with non European states, who are highly vulnerable and who will rapidly develop strategies to lessen the impacts of global warming. The exchange of knowledge and good practices will have to be at the centre of transnational research;

That the European Union, the Member States and the European cities:

- Provide tools for cities and local authorities in order to limit urban sprawl;

that European cities:

- network European and international local authorities together and continue to share collective reflection, best practices and their dissemination,
- provide the cities that are least advanced in the fight against the greenhouse effect with the methods and tools needed to develop climate plans, in a spirit of subsidiarity and cooperation across all territorial levels.

I. Beschluss

Stadtrat

Sitzungsdatum 21.04.2010

öffentlich

Betreff:

"Nürnberg steigt aus" - Abschied vom Atomstrom
Dringlichkeitsantrag ödp vom 13.04.2010

Abstimmungsergebnis:

- ☐ einstimmig
☐ angenommen/beschlossen, mit Gegenstimmen
☐ abgelehnt, mit Stimmen

Beschlusstext:

1. Die Stadt Nürnberg appelliert an den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung, die Laufzeiten der Atomkraftwerke nicht zu verlängern.

- mit 46 : 22 Stimmen beschlossen -

2. Die geplante Verlängerung würde die Stellung kommunaler Energieversorgungsunternehmen im wettbewerblichen Erzeugungsmarkt erheblich schwächen und das Oligopol der vier Großen auf dem deutschen Strommarkt zementieren.

- mit 47 : 19 Stimmen beschlossen -

II. Referat III / Referat II

III. Abdruck an:

- | | |
|---|--------------------------|
| ☐ Ref. I/OrgA | ☐ |
| ☒ Ref. II/Stk | ☐ |
| ☒ N-ERGIE | ☐ |

Vorsitzende(r):

Maly

Referent(in):

Quill

Schriftführer(in):

Brauniginkel

Tischvorlage

StR-Sitzung 21.04.2010 – öffentlich –
Ökologisch-Demokratische Partei

ödp.

**Die Öko-Demokraten
IM NÜRNBERGER STADTRAT**

Thomas Schrollinger (ÖDP), Jauerstr. 33, 90473 Nürnberg

An den Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg
Herrn Dr. Ulrich Maly
Rathaus
Rathausplatz 2

90403 Nürnberg

OBERBÜRGERMEISTER	
14. APR. 2010 /.....Nr.....	
<u>III</u>	1 Zur Kts.
<u>II</u>	2 ☒ zw.V.
3 Zur Stellungnahme	4 Antwort vor Ab-sendung vorlegen
5 Antwort zur Unter-schrift vorlegen	

Nürnberg, 13.04.2010

Kopie: N-ERGIE

“Nürnberg steigt aus“ – Abschied vom Atomstrom

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

zur Behandlung im Stadtrat bitte ich für die ÖDP um folgenden

Dringlichkeitsantrag:

1. Die Stadtspitze und der Aufsichtsrat der Städtischen Werke Nürnberg GmbH (StWN) appelliert an die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag alle Maßnahmen zu unterlassen, die die Stellung kommunaler Stadtwerke im wettbewerblichen Erzeugungsmarkt schwächen und die konzentrierte Struktur auf dem deutschen Strommarkt zementieren.
2. Die Stadt Nürnberg / der Aufsichtsrat der StWN appelliert an die Bundesregierung, die Laufzeiten der Atomkraftwerke nicht zu verlängern.
3. Die Stadtspitze setzt sich dafür ein, dass die N-ERGIE AG im Fall einer Laufzeitverlängerung ihre Vertragsbeziehungen zu Atomstromproduzenten zum nächstmöglichen Zeitpunkt beendet.
3. Die Geschäftsführung wird beauftragt, bei Öko-Stromerzeugern, die nicht zu einem AKW-Betreiberkonzern gehören, Vorlieferantenangebote einzuholen und diesen Strom künftig in Nürnberg anstelle von „Purnatur“ insbesondere den kommunalen Einrichtungen (Rathaus, Bauhof, Klinikum...) anzubieten.

Begründung:

Die vom Gesetzgeber geplante Verlängerung der Atomreaktorlaufzeiten stellt ein unverantwortbares Risiko für unser Land und die gesamte Bevölkerung dar und verschlechtert zudem die Wettbewerbsposition der kommunalen Stadtwerke. Auch als Kommune sind wir von den katastrophalen Folgen eines Reaktorunglücks (z.B. Grafenrheinfeld) in vielfältiger Weise betroffen.

Die von der Bundesregierung geplante Verlängerung der Atomreaktorlaufzeiten reduziert die Wirtschaftlichkeit bestehender und zukünftiger kommunaler Energieerzeugungsanlagen. Durch die Laufzeitverlängerung bleiben Strommengen auf dem Markt, die eigentlich durch Strom aus effizienteren Kraftwerken (z.B. KWK) sowie aus Erneuerbaren Energien hätten ersetzt werden können. Zur Vermeidung weiterer Überkapazitäten werden infolge einer AKW-Laufzeitenverlängerung geplante Investitionen in moderne Kraftwerke zurückgestellt oder entfallen.

Bis heute wollen zwei Drittel aller Deutschen den Atomausstieg. Sehr viele wünschen seine Beschleunigung. Diese Zahl hat sich weiter erhöht, seit das Hochtechnologieland Schweden 2006 in Forsmark nur knapp einer

I. Beschluss

Stadtrat

Sitzungsdatum 22.09.2010

öffentlich

Betreff:

Keine Laufzeit-Verlängerung der Atomkraftwerke in Deutschland
hier: Antrag ödp / Stadtrat Schrollinger vom 23.07.2010

Abstimmungsergebnis:

- ☐ einstimmig
☐ angenommen/beschlossen, mit : Stimmen
☐ abgelehnt, mit Stimmen

Beschlusstext:

1. Die Stadt Nürnberg appelliert an die Bundeskanzlerin, an den Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, an die Fraktionen im Deutschen Bundestag und an den bayerischen Ministerpräsidenten, die derzeit geltende Laufzeit des Atomkraftwerkes Grafenrheinfeld sowie aller weiteren Atomkraftwerke in Deutschland nicht zu verlängern.
- mit 41 : 24 Stimmen beschlossen -

2. In jedem Fall ist bei einer Verlängerung der Laufzeit von kerntechnischen Anlagen eine Einzelfallprüfung unter besonderer Betrachtung der sicherheitstechnischen Voraussetzungen durchzuführen.
- mit 44 : 21 Stimmen beschlossen -

II. Referat III

III. Abdruck an:

- | | |
|--------------------------------------|--------------------------|
| ☐ Ref. I/OrgA | ☐ |
| ☐ Ref. II/Stk | ☐ |
| ☐ | ☐ |

Vorsitzende(r):

Malin

Referent(in):

Stuk

Schriftführer(in):

Braunigürtel

⇒ Herr Schrollinger möchte diesen Antrag
im StR behandelt haben.
Ökologisch-Demokratische Partei

ödp.

Die Öko-Demokraten
Im Nürnberger Stadtrat

Thomas Schrollinger (ÖDP), Jauerstr. 33, 90473 Nürnberg

An den Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg
Herrn Dr. Ulrich Maly
Rathaus
Rathausplatz 2

90403 Nürnberg

UmwA am 28.07.10

OBERBÜRGERMEISTER		Thomas Schrollinger	
28. JULI 2010		Jauerstr. 33 90473 Nürnberg Tel.: 0911 / 800 27 99 FAX 0911 / 817 13 48 e-mail: thomas@schrollinger.oedp-nuernberg.de www.oedp-nuernberg.de	
III	1	Zur KIS.	4 Antwort vor Ab- sendung vorlegen
VII	2	z.V.V.	5 Antwort zur Unter- schrift vorlegen

Nürnberg, 23.07.2010

Dringlichkeitsantrag zur Sitzung des Umweltausschusses am 28.07.2010:

Laufzeit des Atomkraftwerkes Grafenrheinfeld

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Stadtrat bzw. der zuständige Ausschuss möge die folgende Resolution beschließen:

1. "Die Stadt Nürnberg appelliert an die Bundeskanzlerin, an den Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, an die Fraktionen im Deutschen Bundestag und an den bayerischen Ministerpräsidenten, die derzeit geltende Laufzeit des Atomkraftwerkes Grafenrheinfeld nicht zu verlängern.
sowie aller weiteren AKW in Deutschland
2. In jedem Fall ist bei einer Verlängerung der Laufzeit von kerntechnischen Anlagen eine Einzelfallprüfung unter besonderer Betrachtung der sicherheitstechnischen Voraussetzungen durchzuführen."

Begründung:

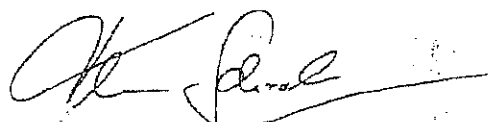
Die Bundesregierung plant nach eigenen Verlautbarungen eine Verlängerung der Laufzeiten der deutschen Atomkraftwerke um bis zu 30 Jahre. Das dazu erforderliche Gesetzgebungsverfahren soll nach einer Ankündigung der Bundeskanzlerin kurz nach der Sommerpause abgeschlossen werden. Wenn der Stadtrat in diesem Gesetzgebungsverfahren Gehör finden will, muss er sich umgehend zu der Problematik äußern.

Der Betrieb von Atomkraftwerken ist aus Sicherheitsgründen, wegen der ungeklärten Entsorgung und wegen der Verdrängung einer regenerativen Energieversorgung grundsätzlich abzulehnen. Als Minimalkonsens sollte im Stadtrat zumindest ein fraktionsübergreifender Konsens hinsichtlich der besonderen Gefährdung durch das AKW Grafenrheinfeld und dessen Zwischenlager (BELLA) möglich sein. Die Stadt Nürnberg sollte aufgrund ihrer Betroffenheit durch das Atomkraftwerk Grafenrheinfeld mit der Resolution Einfluss auf die Meinungsbildung im Gesetzgebungsverfahren zur Laufzeitverlängerung nehmen. Ich greife damit einen Antrag auf, der in Landshut bezogen auf das AKW Isar I mehrheitlich von der CSU-Fraktion eingebracht wurde.

Die Resolution findet ihre Begründung in dem Gefährdungspotenzial, das für die Stadt und Region Nürnberg sowie ganz Bayern von dem Atomkraftwerk Grafenrheinfeld ausgeht. Das 1981 in Betrieb gegangene Atomkraftwerk Grafenrheinfeld genügt nicht mehr den heutigen Sicherheitsanforderungen. Insbesondere muss auf den mangelnden Schutz gegen den Absturz von Flugzeugen und gegen terroristische Angriffe hingewiesen werden. Mindestens in diesen beiden Punkten hat sich die Gefährdungseinschätzung seit der Inbetriebnahme so wesentlich erhöht, dass man von einem Wegfall der ursprünglichen Beurteilungsgrundlage ausgehen kann.

Das vor 29 Jahren in Betrieb genommenen Atomkraftwerk Grafenrheinfeld ist wie jede technische Anlage mit zunehmender Betriebsdauer auch störanfälliger. Das beweist die Störanfälligkeit der älteren deutschen Atomkraftwerke, die aus diesem Grund bereits vom Netz genommen werden mussten. Angesichts der besonderen Gefährdungssituation der Stadt und des Großraums Nürnberg ist eine weitere Gefährdungsverlängerung und damit Erhöhung des Gefährdungspotenzials des Atomkraftwerkes Grafenrheinfeld nicht zu verantworten.

Mit freundlichen Grüßen



Thomas Schrollinger
Stadtrat der ÖDP

Umweltreferat	
28. JULI 2010	
Nr.	679
	z.w.V.
	z. Stellungnahme
	z. Vorlage der Antwort